Deutscher Bundestag **Drucksache 17/7943**

17. Wahlperiode 29. 11. 2011

Antrag

der Abgeordneten Daniela Kolbe (Leipzig), Gabriele Fograscher, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Klaus Brandner, Marco Bülow, Sebastian Edathy, Siegmund Ehrmann, Petra Ernstberger, Iris Gleicke, Kerstin Griese, Wolfgang Gunkel, Michael Hartmann (Wackernheim), Dr. Barbara Hendricks, Petra Hinz (Essen), Frank Hofmann (Volkach), Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Ulrich Kelber, Ute Kumpf, Christine Lambrecht, Gabriele Lösekrug-Möller, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Katja Mast, Thomas Oppermann, Gerold Reichenbach, Sönke Rix, Michael Roth (Heringen), Dr. Martin Schwanholz, Rolf Schwanitz, Rüdiger Veit, Ute Vogt, Dr. Dieter Wiefelspütz, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Rechtsextremismus vorbeugen – Unsere Demokratie braucht gute politische Bildung und eine starke Bundeszentrale für politische Bildung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Behauptung der Bundesregierung, sie würde nicht beim Kampf gegen Rechtsextremismus kürzen, ist falsch. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Mittel für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), die im Einzelplan 06 des Bundesministeriums des Innern (BMI) angesiedelt sind, auch im vorliegenden Haushalt 2012 massiv gekürzt. Insgesamt 3,5 Mio. Euro – das sind immerhin 21 Prozent der Mittel – stehen weniger für die inhaltliche Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung zur Verfügung. Die Bundeszentrale für politische Bildung ist unbestritten eine der wichtigsten Institutionen zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit u. a. im Kampf gegen Rechtsextremismus in unserem Land. Die tiefen finanziellen Einschnitte werden zu dramatischen Auswirkungen führen. Die Bundeszentrale selbst wird ihre Leistungen einschränken müssen, aber auch die etwa 430 Träger der politischen Bildung bundesweit, die durch Zuschüsse der Bundeszentrale gefördert werden, werden die Breite und Qualität ihrer Angebote spürbar verringern müssen. Für einige Träger sind die Kürzungen möglicherweise existenzbedrohend. Die Höhe der Förderung für die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland ist nunmehr auf das Niveau von vor der Wiedervereinigung zurückgegangen. Weil die außerschulische Bildung keine Pflichtaufgabe der Kommunen ist und die Kommunen selbst weiterhin unterfinanziert sind, werden die Kürzungen auch nicht von diesen aufgefangen werden. Unter dem Strich wird die politische Bildung in unserem Land diese Einschnitte ausbaden müssen. Es steht zu befürchten, dass bedeutende Träger der politischen Bildung und ihre langfristig aufgebauten Kompetenzen von der Bildfläche verschwinden. Die politische Bildung vorsätzlich derart zu schwächen, zeugt von kurzsichtiger Politik, die den Wert politischer Bildung komplett verkennt. Eine solche Politik schadet unserer Demokratie nachhaltig.

Gerade vor dem Hintergrund der Geschehnisse rings um die Zwickauer Terrorzelle, der Wahlerfolge der NPD, alltäglicher rechter Gewalttaten und der weiten Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungsmuster sind die Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung grob fahrlässig. Unsere Demokratie ist gerade jetzt auf eine starke politische Bildung angewiesen.

Der Bundeszentrale und den von ihr geförderten Trägern gelingt es, die Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken, Informationen zur Verfügung zu stellen und u. a. durch Seminarangebote an Akteure die Qualität der Arbeit zu steigern und zu verstetigen.

Politische Bildung allein kann Rechtsextremismus und Demokratieverdrossenheit natürlich nicht beseitigen, sie leistet aber einen ungemein wichtigen Beitrag für eine lebendige Demokratie in unserem Land.

Die Bundesrepublik Deutschland besitzt mit der BpB ein unschätzbar wertvolles Instrument, um politisch unabhängige, qualitativ hochwertige politische Bildung zu leisten. Die Bildungsarbeit der Bundeszentrale steht dabei auf zwei Säulen:

Die erste wichtige Säule ist die Arbeit der Bundeszentrale selbst. Ihr gelingt es bisher sehr gut, aktuell, zeitgemäß und zielgruppengerecht Informationen zur Verfügung zu stellen und bei hochkarätigen Veranstaltungen aktuelle Themen zu diskutieren. Die Bundeszentrale nutzt zudem das Internet und die neuen Medien und erreicht damit Zielgruppen, die bisher nur unzureichend an politischer Bildung teilhaben konnten. Die BpB zeichnet sich trotz ihrer Finanzierung durch das BMI durch ihre Überparteilichkeit und inhaltliche Unabhängigkeit aus.

Die zweite, gleichwertig wichtige Säule ist die Trägerförderung der BpB. Die Arbeit in den 430 ganz unterschiedlichen geförderten Trägern der politischen Bildung trägt dazu bei, flächendeckend möglichst viele Menschen zu erreichen. Die Arbeit der Bundeszentrale wird mit verhältnismäßig geringen Mitteln geleistet, die durch die schwarz-gelbe Bundesregierung weiter zusammengestrichen wurden. Dabei klagen gerade die Bildungsträger schon länger über eine unzureichende Höhe der Förderung und den Umfang der Bürokratie bei der Antragstellung.

Auch das interfraktionelle Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung und der wissenschaftliche Beirat haben angesichts der Lage einstimmige Beschlüsse gefasst, die die Wichtigkeit der Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung hervorgehoben und die Mittelkürzungen kategorisch ablehnt haben.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte zudem selbst angekündigt, dass Bildungsausgaben von den Haushaltskonsolidierungen ausgenommen seien. Die Kürzungen bei der Bundeszentrale offenbaren das verkürzte Bildungsverständnis von schwarz-gelb und führen die Behauptung der angestrebten „Bildungsrepublik Deutschland“ ad absurdum. Dass der Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, die Bildungsarbeit der BpB in mehreren Briefen gegen den Verfassungsschutz ausspielt, setzt dem Ganzen die Krone auf. Das Demokratieprinzip unserer Verfassungsordnung lebt von seiner aktiv bejahenden Gestaltung, die politische Bildung leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag.

II. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, dass die verheerenden Kürzungen bei der Bundeszentrale für politische Bildung verfehlt sind und schnellstmöglich zurückgenommen und auf das Niveau von 2010 zurückgeführt werden müssen. Dabei ist zudem zu prüfen, die Höhe des Budgets der BpB an die Höhe der Budgets der parteinahen Stiftungen zu koppeln, um eine vernünftige Balance zwischen überparteilicher und parteinaher politischer

Bildung zu schaffen. Beide Ansätze, überparteiliche und parteinahe politische Bildung, sind für unsere Demokratie essentiell.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– sich klar zur Aufgabe der überparteilichen politischen Bildung und damit zur Bundeszentrale für politische Bildung zu bekennen, diese zu stärken und ihre inhaltliche Unabhängigkeit zu wahren;
– ein Anschlussprogramm für das bei der Bundeszentrale angesiedelte Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sicherzustellen;
– umgehend neue Richtlinien für die Trägerförderung der BpB zu erlassen, die die Fördersituation der Träger verbessern und Rechtssicherheit hinsichtlich der Umsatzsteuer schaffen.

Berlin, den 29. November 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333